

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 3

Artikel: Die Schweiz und das Kriegsgeschehen
Autor: Mojonnier, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und das Kriegsgeschehen.*)

von Arthur Mojonnier.

Die beherrschende Tatsache des heurigen Frühjahrs ist der eigentliche Kriegsausbruch. Der Mai ist gekommen und mit ihm die Panzerdivisionen, die Bombengeschwader und die bewaffneten Massen. Zwar stand die Janus-Pforte bereits seit neun Monaten offen, doch Mars blieb mehr oder weniger auf der Schwelle stehen. Er prüfte die nähere Umgebung und leistete sich kleinere Vorspiele. Er zog seinen Vorteil daraus, daß man ihn weder in England noch in Frankreich richtig begriff und entsprechend ernst nahm. Während die Leute redeten und mutmaßten, rüstete er sich unermüdlich weiter. Klug und umsichtig sicherte er sich den Vorplatz. Unterdeß schlugen bei den Westmächten die vorgefaßten Meinungen immer tiefere Wurzeln. Eine verfehlte und vorwiegend in der Verneinung und Anschwärzung verharrende Propaganda half mit, breite Schichten der öffentlichen Meinung sorglos zu machen. Der Witz und die Karikatur bemächtigten sich dieses seltsamen Krieges in einer verhängnisvollen Oberflächlichkeit. In einer oft selbstgefälligen Unterschätzung leistete man dem Gegner ungewollt doch wirksam Vorschub. Man schickte sich an, die Öffnungen am Bau des Feindes zu verstopfen, um geduldig zuzuwarten, bis er entweder verhungere oder an den eigenen inneren Spannungen zerplatze.

In Paris und London verließ man sich nach altem Muster auf die Zeit; in Berlin nützte man sie, um wohl vorbereitet plötzlich und mit ungeahnter Kraft zum Sprunge auszuholen. Daß dabei nach Dänemark und Norwegen neuerlich zwei am Kriege nicht beteiligte Kleinstaaten überrannt wurden, macht die besondere Tragik dieses Kriegsbeginns aus. Sie wirkte umso erschütternder, als sie die endgültige Enttäuschung über die Hilfskraft der Alliierten offenbarte, und man versteht, daß man sich weit herum über die wahren Absichten der verschwenderisch angebotenen englischen Hilfsversprechen seine Gedanken machte.

So erlebte man den großen deutschen Angriff als einen doppelten Schock. Der Krieg warf die Maske ab und wies seine scharfen Zähne. Er zerschlug nicht nur manche falsche Hoffnung; er zerstörte vor allem viele Illusionen. Die Ereignisse äußerten sich daher vorerst gefühlsmäßig als Schreckwirkung mit allen ihren unvermeidlichen und unerquicklichen Begleiterscheinungen. Das hatte aber auch seine guten Seiten. Es klärte die Köpfe, zerriß den Nebel des Ungewissen, Rätselhaften. Die Realitäten stellten sich vor, und man konnte sich endlich mit ihnen auseinandersetzen.

*) In diesem Mitte Juni beendigten Aufsatz sind die letzten Ereignisse nicht berücksichtigt.
Schriftleitung.

Es mag unwahrscheinlich klingen, aber der nüchterne Beobachter fand schließlich festeren Boden als zuvor. Er kann sich eher Rechenschaft über die Dinge geben. Dazu braucht es weder heroisches Pathos noch die würdevolle Erhabenheit einer Begräbnisrede auf das Bisherige, sondern einzig rücksichtslose Sachlichkeit, lebenskräftigen Zukunftswillen. Unbedingtheiten muten unschweizerisch an; ebenso sehr aber sind die Zeiten der „goldenen“ Mittelwege vorüber. Es geht um eine Planung aus den eidgenössischen Gegebenheiten heraus, um die Aufgabe, aus den besonderen ideellen und materiellen Überlieferungen der politischen Wirklichkeit je und je einen nationalen Stempel aufzudrücken.

Dazu ist es nötig, die eigene Lage möglichst klar und unbvoreingenommen zu sehen, die Kräfte, die darin am Werke sind, zu verstehen, seine Stärke und seine Schwächen zu kennen. Der innere Zustand der Schweiz ist natürlich ausgesprochen kriegsbestimmt, d. h. von außen her akut zeitbedingt. Die bewaffnete Neutralität zwingt uns infolge der gesteigerten Unsicherheit zu einer außergewöhnlichen Aufrüstung. Der Wirtschaftskrieg andererseits beeinflusst unser stark außerwirtschaftlich abhängiges Land und stellt es vor schwierige Probleme. Dazu treten die seelischen Spannungen, hervorgerufen durch ein Dasein in Gefahr und die geistigen Anstrengungen, die sich aus der Verarbeitung der allgemeinen Umwälzungen ergeben.

Die Erkenntnis, in einer Welt zu leben, die in Auflösung und Umbildung begriffen ist, fordert erhöhte Widerstandskraft, ein vertieftes Wissen um die eigene Situation und ihre Möglichkeiten. Unser Land ist gezwungen, die ganze umschichtende Problematik auf seine allseitige Neutralität hin geformt zu bemeistern, und darüber hinaus im inneren Vorgang sein Wesen und seine Struktur zu behalten.

Die zwangsläufige Folge davon ist die starke Steigerung und das weite Ausgreifen der Staatsgewalt. Primär fließt die Erklärung hiezu aus dem Kriegsnotstand. Inwiefern wir dabei die von den totalitären Mächten angetriebene Revolution, die bereits auf die sog. westlichen Demokratien übergegangen ist, mitmachen, wollen wir einer späteren Zeit zur Beurteilung überlassen. Angesichts der Kontinuität der Geschichte und unter Ablehnung jeglicher schlagzeilenmäßiger Verallgemeinerung muß man sich vor Übertreibungen oder Überschätzungen hüten. Wichtig ist, die Tragweite der Dinge ins richtige Licht zu stellen.

Die Wandlung, die mit dem Kriege selbst den trüben Augen deutlich wurde, und die in England und Frankreich zum Bruch mit der Überlieferung und zu rückweiser Totalisierung geführt hat, ist allerdings schon längst in Gang. Sie ist lediglich seit dem vergangenen September in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten. Wir vermögen das Ende nicht abzusehen und verzichten auf Hypothesen. Übrigens fehlt die zeitliche Entfernung zur Überprüfung ihrer schließlich Auswirkung. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als ihren sichtbaren Erscheinungsformen nachzugehen und diese zu durchdenken. Das führt uns zur Betrachtung der

Volkswirtschaft, wo sich die fraglichen Kräfte am stärksten offenbaren, wo die gesellschaftlichen Ausstrahlungen am ehesten faßbar sind, und die Gelegenheit zu einem fruchtbaren Gespräch noch am besten wahrgenommen werden kann.

Hier nun zeigt sich, daß der Krieg im Grunde schon längst begonnen hat. Sein offizieller Beginn hat einfach vorhandene wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungsgänge verdichtet und hemmungsloser gestaltet. Er gab der Verstaatlichung ihren brennenden Sinn, schaltete die Widerstände weitgehend aus. Eine bereits vorbereitete Kriegswirtschaftsordnung fand ihre Verwirklichung, und infolge der riesenhaften Kriegslasten wurde eine zusätzliche Finanzordnung in die Wege geleitet. Die gesamte Organisation erfüllt den Zweck, die Schweiz als neutrales Land durch die Unbill des Krieges hindurchzubringen und vor allem die Inflationsgefahr durch Umlenkung und Beeinflussung der Kaufkraft zu verhindern, damit man unter möglichster Vermeidung sozialer und politischer Krisen den Übergang zu einem neuen Frieden finde.

Wir haben diese Fragen seiner Zeit in großen Zügen geschildert und grundsätzlich besprochen (Schweizer Monatshefte Nr. 10, Januar 1940). System und Wesen haben sich nicht verändert. Die ersten Kriegsmonate brachten vielmehr das allmähliche Einspielen der Kriegswirtschaftsorganisation, die sich mit den jeweiligen Aufgaben laufend erweiterte und ausbaute. Wie die zahllosen Ämter im einzelnen wirken, läßt sich selbstredend nicht überblicken. Der Leer- und Fehllauf, der aller Bürokratie als Erbünde anhaftet, wird mancherlei noch zu reden geben. Trotzdem aber erfüllt die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft ihren kriegsbedingten Zweck. Die verschiedenen Interessen müssen sich zwangsläufig unterordnen, und daher zeitigt man im allgemeinen auch positive Ergebnisse. Jedenfalls ist es der kriegswirtschaftlichen Führung gelungen, die Neutralität auf einem schwierigen Gebiete einwandfrei sicherzustellen.

Der Wirtschaftsverlauf ist daher auch verhältnismäßig gut und infolge der Erfordernisse der militärischen und ökonomischen Landesverteidigung gesteigert. Namentlich in der Außenwirtschaft ließ sich die Entwicklung nach dem ersten Abfall nicht ungünstig an. Die bestimmenden Einflüsse kamen aus der Aufrüstung und dem Wirtschaftskrieg, nicht aus dem wirklichen Kriegsbedarf. Sie ordneten sich um die Wechselwirkung zwischen Einfuhr und Ausfuhr und damit einmal um politische, d. h. Neutralitätsfragen und anderseits um die wachsenden Transportschwierigkeiten. Bis vor kurzem ist es infolge der Ruhe im Mittelmeer und den freundschaftlichen Beziehungen zu Italien gelungen, unsere Zufuhren gewaltig zu steigern. Aber auch die Exporte hielten sich. Der Gesamtumfang des Außenhandels hat sich im letzten Vierteljahr im Vergleich zur entsprechenden Epoche des Vorjahrs vergrößert. Die Einfuhr stieg um 54 % auf 613 Millionen Fr., während die Ausfuhr immerhin eine Zunahme von 0,3 % (330,8 Millionen Fr.) zu verzeichnen hat. Das ist umso anerkennenswerter als von den meisten Län-

bern eine ganze Anzahl von Import- und Exportbeschränkungen erlassen worden sind, was die Schweiz, die auf Qualitäts- und Luxusfabrikate eingestellt ist, besonders beeinträchtigt, und bei längerer Kriegsdauer für unsere Produktionsstruktur schädlich werden könnte. Außerdem ist es unseren Unterhändlern gelungen, auf dem Gebiete der staatlichen Überwachung der Ein- und Ausfuhr durch einen Vertrag mit den Blockademächten Frankreich und England vom 26. April 1940 nicht nur unsere neutrale Unabhängigkeit zu erhalten, sondern darüber hinaus unsere wirtschaftliche Freiheit zu wahren.

Man darf sich also bis heute eigentlich nicht beklagen und muß unserer Exportindustrie das Zeugnis rühriger Aktivität und Zusammenarbeit ausstellen. Der Krieg hat die Kräfte des Zusammenschlusses verstärkt. Es ist zu hoffen, daß er Solidarität und Leistungsfähigkeit unserer Exportindustrie bleibend festigt. In diesem Zusammenhang haben sich die zahlreichen Handelsagenturen in Übersee besonders vorteilhaft erwiesen. Sie erleichtern die Durchführung der durch den Krieg notwendig gewordenen Umstellung unseres Außenhandels. So haben es beispielsweise unsere direkten Verbindungen zu Niederländisch-Indien ermöglicht, den Verkehr eigentlich ohne Unterbruch, ungeachtet der kriegerischen Verwicklung des Mutterlandes, aufrecht zu erhalten. Die Internationalität unserer Beziehungen und Unternehmungen, sowie die zahlreichen Schweizer Kolonien in aller Welt sind Faktoren, die uns sichtbar zugute kommen. Es ist sehr geboten, die Kontakte mit jener fünften Schweiz auszubauen und zu pflegen.

Trotz berechtigter Zuversicht hat man sich der Schwierigkeiten, die eine neue Ausdehnung des Krieges aufs Mittelmeer bringt, bewußt zu bleiben. Sie liegen vorwiegend in den Transportfragen und haben ihre ernste Seite, wenn man bedenkt, daß unser Übersee-Verkehr zur Hauptsache auf den gefährdeten Häfen von Bordeaux oder vielleicht auf die ebenfalls nicht kriegsgezeiten spanisch-portugiesischen Seestädte angewiesen sein wird. Die Erschwerungen entstehen nicht nur aus der Verlängerung und Verzögerung der Zufuhren, nicht nur aus der Erhöhung der Transportgefährdungen. Man muß in Anbetracht der durch die deutschen Erfolge geschaffenen Lage und durch die Bedrohung Frankreichs von Südosten her überhaupt mit einer wenigstens vorläufig fühlbaren Drosselung unserer außenwirtschaftlichen Möglichkeiten von der Transportseite her rechnen. Die Häfen und Schienenstränge Frankreichs, die Kapazität seines Verkehrsapparates für zivile Zwecke sind mit dem gegenwärtigen Luftkrieg und dem Vorrücken der deutschen Heere keine sicheren Größen mehr. Der Fall ist denkbar, daß man im Westen eine immer geringere Zahl von Einfuhrpforten und Eisenbahnlinien zur Verfügung hat, wobei noch die Behinderung der Verbindungen mit England ins Gewicht fällt, das seinerseits auch im Wirtschaftskrieg eine ausgesprochen defensive Haltung einzunehmen gezwungen ist.

Dieselben Sorgen bereitet angesichts der Schlüsselstellung und der steigenden Bedürfnisse der Achsenmächte die Aussicht auf den Balkan, wo allerdings der Blockade- und Wirtschaftskrieg der Westmächte eine nur noch geringe Wirkung hat. Dem gegenüber wiegen die allgemeinen Verschiebungen im Weltwirtschaftsbild, die sich mit zunehmender Kriegsdauer verschärfen und erst in der Nachkriegszeit voll fühlbar werden, weniger schwer. Zweifellos verursachen die Entstehung großer Wirtschaftsblöcke und die weitere Verselbständigung überseeischer Gebiete endgültige Beeinträchtigungen für Europa. Wir sind jedoch überzeugt, daß wir sie von uns aus überwinden können.

Entscheidend bei alledem ist die tatkräftige Einstellung auf das zu Schaffende. Es trägt wenig ab, entschwundenen Dingen nachzutrauern. Man hält sich das mit Vorteil hinsichtlich der Kleinstaaten vor Augen, die nunmehr in den Kontinentalblock der Achsenmächte einbezogen sind. Das schlimmste sind dabei die Einbußen unserer Handelsbilanz mit den nordischen Ländern, die für ihre Mehrimporte aus der Schweiz auf den Ausgleich mit England angewiesen waren. Sonderlich fällt das bei Schweden und Finnland zu unseren Ungunsten mit rund 40 Millionen Fr. ins Gewicht. Dänemark, Holland und Norwegen nahmen bisher ca. 14—16 % unserer Ausfuhr auf. Außerdem wird natürlich auch der schweizerische Kapitalmarkt berührt. Hinsichtlich zahlreicher Länder erweisen sich die kriegerischen Vorgänge für uns insofern weniger neuartig, als sich unser Verkehr auf der Basis des gegenseitigen Ausgleichs vollzieht, was unsere Wirtschaftsneutralität stützt. Der Handel mit den besetzten Ländern kommt allmählich auf neuer Grundlage wieder in Gang. Wir dürfen annehmen, daß man unsererseits alles tun wird, die Beziehungen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu beleben. Inwiefern es dabei gelingt, in aufgeschlossener, zeitgemäßer Weise die sogenannten eingefrorenen Guthaben zu mobilisieren, ist eine schwierige Angelegenheit. Wir halten uns innerhalb dieser Darlegungen nicht befugt, die Frage zu behandeln und begnügen uns damit, die Wünschbarkeit ihrer Lösung zu betonen.

Im großen und ganzen ist es bei der Anpassungsfähigkeit unserer Exportindustrie nicht am Platze, sich in ökonomischen Elegien zu ergehen. Wir vertrauen auf unsere Energie und die Klugheit und die Initiative unserer Wirtschaftsführung. Die Schweiz ist ein kleines Land ohne jegliche Machtpolitik. Ihre Rolle in der Weltwirtschaft ist zahlen- und massenmäßig nicht so bedeutend, daß es ihr nicht immer wieder gelingen wird, sich entsprechend ein- und umzuschalten in der Erkenntnis, daß unser großer Trumpf der ist, klein zu sein. Illusionen sind jedoch deshalb noch lange nicht berechtigt. Man tut gut daran, sich von Seiten der Wirtschaft auf ununterbrochene Anstrengungen vorzubereiten. Vom Schweizervolk seinerseits aber wird man im Dienste der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Landesverteidigung aufs neue ein großes Maß nationaler Disziplin verlangen müssen.

Zu denselben Schlußfolgerungen führt die Betrachtung der Innenwirtschaft. Wie überall haben die Ereignisse zu Umstellungen und Verschiebungen im Produktionsapparat, in den Einkommens-, Preis- und Kostenverhältnissen, in den Beziehungen zwischen Kaufkraft und Warenangebot geführt. Von Rechts wegen müßte man die Problematik für jedes Sondergebiet je nach seiner Eigenart für sich betrachten. Wir wollen uns hier nur auf die mehr oder minder allgemein gültigen Symptome beschränken. Die prinzipiellen Erwägungen bleiben auf den inneren Wirtschaftsvorgang angewandt eigentlich die gleichen, nur reichen sie mehr ins Einzelne und beschäftigen uns direkt in ihren sozialen und politischen Wirkungen.

Der Rückgang oder besser das Verschwinden der Arbeitslosigkeit zeigt ökonomisch auf gut Wetter, und es wäre auch so, wenn er nicht zum Teil auf den schlechten europäischen Witterungsverhältnissen beruhen würde. Der Abgang vieler Arbeitskräfte ins Militär und den Festungsbau, die Aufrüstung und die allgemeine Vorsorge stehen hinter unserer Konjunktur und geben ihr einen außergewöhnlichen, aus dem psychischen Aspekt gesehen, nervös gereizten Charakter. Man wird den Geschäftsgang immer unter dem Gesichtswinkel des Ausnahmezustandes betrachten müssen. Im Hinblick auf starke Krisenpositionen in der Hotellerie und im Baugewerbe und wegen des Mangels an Arbeitskräften namentlich in der Landwirtschaft wird man sich energisch und planvoll zu Umordnungen entschließen müssen. Denn eine zusätzliche Stützwirtschaft ist bei dem Ausmaß der Kriegslasten, bei der Notwendigkeit für den Übergang zum Frieden Reservestellungen an Arbeitsmöglichkeiten zu besitzen, untragbar.

Der Augenblick drängt die Notwendigkeit der Sicherung unserer Versorgungslage in den Vordergrund. Bedeutsam ist außerdem die Frage der Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung der Produktion. Die Befugnis des Bundesrates zur Arbeitsdienstpflcht wird gegebenenfalls zu Hilfe genommen werden müssen. In einem gewissen Ausmaß war das infolge der zweiten Generalmobilisation bei der Landwirtschaft schon der Fall.

Der Arbeitseinsatz ist augenblicklich im Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik. Man hat ihn mit allen Mitteln: durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Frauenarbeit, durch Aufgebot von Jugendlichen und durch ein möglichst rasch und vernünftig wirkendes Dispositionsverfahren, wie durch die weitgehende Verfügung über noch vorhandene Arbeitslose und durch äußerste Rationalisierung des Arbeitsprozesses zu fördern. Fehlleitungen und Energieverschwendungen sind Schläge gegen die nationale Solidität und Unabhängigkeit. Das mögen sich die Parteien für jenen Augenblick merken, da sie vom Druck drohender Ereignisse etwas befreit, sich wiederum anschicken sollten, mit wirtschaftlichen Dingen zu politisieren. Der Kriegszustand in Italien setzt dem Kontinent noch mehr zu und erschwert unsere ökonomische Lage.

Mit dem Vorhandenen haufen — lautet das Ordnungswort. Neben das Postulat auf Rationalisierung tritt der unaufschiebbare Zwang nach

stärkerer Rationierung im Dienste des Außenhandels und der Kriegsfinanzierung. Verzichtleistung zur Erhaltung unserer Stellung ist unerläßlich. Wir werden also denselben Weg gehen, den die kriegsführenden Staaten teilweise schon längst beschritten haben. Auch im Innern des Landes ist eine Gesamtplanung zum Nutzen des Volkes, nicht des Staates, durchzuführen. Das erfordert eine willige und geschickte Koordination der unterschiedlichen Wirtschaftsgruppen, sowie der ganzen Bevölkerung.

Unter diesem allgemeinen Aspekt verdient für unser rings vom Kriege umklammertes Land die Landwirtschaft größte Beachtung. Sie hat heute die Aufgabe, die Ernährungslage des Landes aus der Urproduktion zu steigern und zu lenken. Sie ist dazu auch in beruhigendem Maße im Stande. Das Beispiel Dänemarks aus dem letzten Weltkrieg bestätigt das einwandfrei. Nur muß die Landwirtschaft rasch und entschlossen das Notwendige vorsehen und die Bevölkerung zur Gefolgschaft veranlassen. Entscheidende Veränderungen könnten unabwendbar werden. Sie bestehen infolge von Verknappung eingeführter Futtermittel, wofür uns sowohl die Devisen als der Schiffsraum zu kostbar sind, in einem Abbau der Viehzucht und der Erweiterung der Ackerbaufläche. Diese Wandlung ist an sich für die Volksernährung durchaus vorteilhaft. Mühe und Arbeit des Bauern wachsen damit. Doch hier gilt es, gegebenenfalls, mit der Arbeitsdienstpflcht aus den Reserven der Jugend und der krisenhaften Berufsstände rücksichtslos Abhilfe zu schaffen.

Ins gleiche Kapitel gehört die Erweiterung der Ackerbaufläche durch Schaffung neuen Bauerntums in Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten der Innenkolonisation. Diese wirklich schöpferische Leistung, die sich immer ins Gesamthafte unserer Volkswirtschaft verhältnismäßig einzuordnen hat, ist so oder so ein nationales Gebot für bestimmte Kantone wie den Tessin und einige Gebirgsgegenden. Sie ermöglicht einen gesunden Aufbau unserer Bevölkerung, stellt die junge Generation vor sichtbare Aufgaben auf den festen Boden eines überlieferten, einfachen aber freien Daseins. Von der Idee aus betrachtet, handelt es sich um eine Wiederbelebung des uralten Sinnes der Landwirtschaft, die nunmehr für das ganze Volk die Aufgabe der Selbstversorgung stärker als bisher zu lösen hat.

Wir wissen heute noch nichts über die Welt- und Gesellschaftsordnung nach der großen Auseinandersetzung. Was wir lediglich feststellen, sind Umwanderungen und Umwandlungen in der Weltwirtschaft wie im kleineren Rahmen der einzelnen Nationen. Schwerpunkte werden sich verlegen, alte Zentren absterben und neue aufblühen. Es ist daher wichtig, den Kopf über der Sache zu halten und nicht einfach aus der Kriegssituation progressiv auf die Zukunft zu schließen und alte Wertungen kurzerhand über Bord zu werfen. Schöpferische Unternehmerkräfte werden stetsfort ihre Bedeutung behalten. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, den Widerstand gegen eine kollektivierende Sozialisierung aufzugeben.

Man darf die letztlich abnormen Voraussetzungen der Kriegswirtschaftsordnung nicht aus den Augen verlieren. Es haben sich darin mancherlei Entwicklungen und Ansätze beschleunigt und eine Zusammenfassung, einen auffangenden Oberbau, erhalten. Die Wirtschaft unter einheitlichem Kommando, wo das Besondere dem Ganzen möglichst organisch einverleibt und darauf abgestimmt ist, bietet offensichtlich ihre Vorteile. Sie wird daher unbestreitbar wertvolle Erfahrungen zeitigen und zu einer späteren Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft konstruktiv beitragen. Jedenfalls hat man Gelegenheit, das Verfehlte des althergebrachten Etatismus unserer politischen Wirtschaft aus der Vorkriegszeit zu begreifen. Was wir erleben und aus Gründen des Notstandes verwirklichen, ist in höherem Maße Gesamtplanung und nicht Stützungspraxis. Außerdem lassen die Ereignisse Parteien- und Gruppeninteressen nicht vorherrschen, da das Allgemeine überwiegt. Man erkennt, daß in den Auseinandersetzungen zwischen Staat und Wirtschaft die unbedingte, ausschließlich ökonomische Zwecksetzung, die rein sachliche Einstellung den Ausschlag geben. Schädlich ist immer die Politisierung der Wirtschaft, die Einbeziehung ihrer Probleme in die Kämpfe zwischen den Parteien und Nutzvereinen, die in Friedenszeiten stets eine zu große Rolle spielen.

Hier entdeckt man den Schlagschatten, den die Kriegswirtschaft in die Zukunft wirft. Gegenwärtig dreht sich alles um die Aufrechterhaltung der Produktion, um die Selbsterhaltung und das Durchstehen. Die staatlich dirigierte Wirtschaft ist darum zweckmäßig, weil sie, wie überhaupt das gesamte öffentliche Leben, zwangsläufig staatsorientiert ist. Sie hat ihren Sinn geändert, ist von ihrem eigentlichen Wesen abgewichen und muß sich Bedingungen anpassen, die ihr überliefertermaßen fremd sind. Der augenblickliche Interventionismus darf nicht an sich gewertet werden, denn er ist die Folge eines Krankheitszustandes. Es ist sehr wichtig, daß man bei einer späteren Herauslösung des Dauernden das Abnormale der gegenwärtigen Ordnung in Erwägung zieht.

Selbst bei der Gewißheit, daß die alte Welt ein neues Gesicht bekommt, darf man die Dinge nicht einfach hinnehmen. Wir können auch in Zukunft, zufolge unserer kleinstaatlichen, neutralen Eigenart im Ökonomischen, kaum absolute Methoden befolgen. Wir haben nie eine eigentliche Staatsmacht hinter unseren Ansprüchen im internationalen Wettbewerb. Wir müssen auch fernerhin mit wirtschaftlichen Mitteln arbeiten und daher die Substanz schonen, um sie in der Konkurrenz einzusetzen. Jegliche Art von Totalität ist für die Schweiz nicht durchführbar. Man tut gut daran, das Bewußtsein vom Notstandscharakter der Kriegswirtschaft wach zu halten. Die Anerkennung ihrer Leistungen erfährt damit keinen Abbruch. Eine kluge, eidgenössische Überarbeitung wird aus ihr aufbauende Elemente zu einer Gesamtlösung erhalten.

In den allgemeinen Zusammenhang gehört auch die Betrachtung von der Geldseite her. Das Manometer der Volkswirtschaft und der psychischen

Schwankungen zeigt, wie zu erwarten, stärkste Spannungen und eine zeitgemäße innere Unruhe. Die Devisenlage gibt trotz der Abflüsse, denen allerdings die großen Importe als Gegenwerte gegenüber stehen, zu keinerlei besonderen Bemerkungen Anlaß, obgleich sie sich selbstverständlich nicht verbessert hat. Die Auflösung des Währungsausgleichsfonds ist nunmehr durchgeführt. Sie hat unbedingt eine kreditpolitische Bedeutung in der Richtung einer Spannungserleichterung. Wie sich die Erweiterung des Kontinental-Blocks auf dem Kapitalmarkt auswirkt, ist erst noch abzuwarten. Sicher scheint uns, angesichts der sich stetig vermindernden Kreditreserven und bei steigendem Staatsbedarf, daß auch hier die allgemeine Lenkung über kurz oder lang zu umfassenden Maßnahmen schreiten wird. Sie werden aus Erwägungen finanzieller Neutralität und zur Konzentration der Mittel für die Erfordernisse der Nation notwendig sein. Die Überwachung der Ein- und Ausfuhr gilt übrigens auf diesen Gebieten bereits, und sofern überhaupt eine Freizügigkeit im Verkehr mit den Ländern ohne Verrechnungsabkommen noch bestanden hat, ist sie faktisch beaufsichtigt. Das schweizerische Kapital hat nach wie vor seine großen Aufgaben in einer immer stärkeren Einstellung auf seine nationalen Pflichten in der inneren und äußeren Wirtschaft. Hoffen wir, daß es der allgemeinen Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch der Politik gelinge, die Substanz zu schützen, damit wir über den Krieg hinaus leistungsfähig bleiben.

Das führt uns zur öffentlichen Finanzpolitik. Das Hauptthema war schon vor dem Kriege das Defizit und daran hat sich begreiflicherweise nichts geändert. Die Finanzpolitik wird umso gewichtiger und komplizierter, je umfangreicher die von ihr zu bewältigenden Aufgaben sind. Sie muß erstlich den längst schon ungesund aufgeblähten, angeblich normalen Staatsbedarf verdauen und zudem die gewaltigen Kosten der Landesverteidigung aufbringen. Daneben ist sie, gerade mit der Lösung dieser Probleme, ein Instrument der Inflationsregulierung zur Abrahmung von Kaufkraft. Die Dinge haben aber noch eine andere, sehr ernste Seite. Unsere Finanzpolitik muß Ausdruck unseres Staatsgedankens bleiben. Nirgends so wie hier offenbart sich die Auffassung vom Staate. Die Angelegenheit hat also nicht nur ein materielles Gewicht, eine notbedingte Unabwendbarkeit, sondern dazu noch eine staatspolitische Tragweite.

Die Eidgenossenschaft, die zur Zeit des Kriegsbeginns an der Ausarbeitung einer allgemeinen Finanzreform war, sah sich mit der Mobilisation vor eine neue Situation gestellt, die zu der bekannten Kriegsfinanzvorlage geführt hat. Bereits ist sie durch die Filter der Bundesversammlung hindurchgesiebert. Im Grundsätzlichen hat sich dabei nichts geändert, aber die Vorlage ist erwartungsgemäß verdünnt worden. Gleichzeitig gruppierten sich die politischen Gegensätze um den Bundesbeschluß, und es war vorauszu sehen, daß er, von zwei Seiten bekämpft, in der Volksabstimmung auf der Strecke bleiben würde. Die Verpflichtung für alle schweizerisch denkenden Kreise, der geplanten Ordnung Widerstand entgegen zu setzen, die

politische Notwendigkeit, den Abstimmungskampf nicht der Initiative der Linken überlassen zu dürfen, standen einer sich gefährlich verschlimmernden Weltlage gegenüber. Darum war es zu begrüßen, daß der Bundesrat das Wagnis durch einen Vollmachtenbeschluß ausschaltete, indem er die materiellen Teile des Projektes, das Wehropfer, die Wehrsteuer und die Umsatzsteuer in Kraft setzte.

Alle neuen Steuern dienen nunmehr ausschließlich der Verzinzung und Tilgung der Wehrschuld. Diese eindeutige Zwecksetzung ist unbedingt ein Vorteil gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag, der die Warenumsatzsteuer zur Abtragung des ordentlichen Budgetdefizites heranziehen wollte. Die jetzige Regelung hat das Gute, daß sie eine spätere, endgültige Finanzreform politisch nicht vorbelastet. Die bundesrätliche Entscheidung läßt die Volksmeinung frei. Die Verantwortungen sind klar gelagert, und die Begrenzung auf die Wehraufwendungen vermindert die Gefahr der Verquickung einer unserer bedeutendsten Zukunftsaufgaben mit Notstandsmaßnahmen.

Besser wäre es allerdings gewesen, die Regierung hätte früher eindeutiger gehandelt. Für die Auflegung von Anleihen hätte das aus Gründen des Zinsfußes schon gelohnt. Hinsichtlich der Kriegsfinanzen ist zu bemerken, daß man an Stelle eines nach rechts und nach links unbefriedigenden Kompromisses eine Vorlage hätte erwarten dürfen, die imstande gewesen wäre, alle eidgenössisch denkenden Kreise hinter sich zu scharen, um die Beratungen, sowie die vorgesehene Volksabstimmung zu einer klaren nationalen Kundgebung zu gestalten und alle jene deutlich zu distanzieren, die vom Standpunkt des Nutzens oder der Parteipolitik denken. Man hätte dann auch eher feststellen können, für welche Politiker das Bekenntnis zur Eidgenossenschaft im Hergebrachten verwurzelte Überzeugung ist, für welche anderen Taktik oder bloß ein atavistisches Stoßgebet in Lebensgefahr.

An der sachlichen Kritik zu den öffentlichen Finanzfragen in betreff der Sparpflicht und der bundesstaatlichen Bedingungen ändert sich selbstverständlich nichts. Ebenso bleiben die Verpflichtungen zur Sanierung der Pensionskassen und der Bundesbahnen nach wie vor bestehen. Die Aufmerksamkeit muß wacher sein als in normalen Zeiten, um im gebotenen Augenblick die finanzpolitische Initiative zu ergreifen, und es ist gut, in den Vorarbeiten nicht träge zu sein. Zwar wird man in Sachen Kriegslasten noch einiges erleben. Die Finanzplanung des Bundesrates betraf den vermutlichen Aufwand bis zum 30. Juni 1940. Es hat nicht den Anschein, daß das genüge. Das Volk muß sich darauf gefaßt machen, noch manche harte Nuß zu knacken. Aber nicht minder werden der Staat und seine Diener den bösen Zeiten Rechnung tragen müssen. Wir möchten nicht daran zweifeln, daß man auch auf dieser Seite patriotisch genug ist, dasselbe zu tun, wie der einzelne Bürger und das ist: Sparen, wieder sparen, und nochmals sparen, und zwar überall dort, wo es nur irgendwie geht. Denn nur von der Einnahmeseite her läßt sich keine Finanzpolitik treiben.

Bei der Durchführung der neuen Steuern wird man darauf bedacht sein müssen, die Tragbarkeit zu berücksichtigen und wirtschaftlich wie sozial Vorsicht und Vernunft und nicht Bürokratie und Politik walten zu lassen. Klassenpolitische Anschauungen haben heute keinen Raum, und es ist sehr zu wünschen, daß die fiskalischen Maßnahmen objektiv und verständig, nicht parteimäßig noch wissenschaftlich-doktrinär getroffen werden. Eine Vernichtung des Besitzes, eine grundlegende Erschütterung des die Freiheit verbürgenden Privateigentums wäre für unser ganzes staatliches Dasein vernichtend. Man vergesse nicht, daß die innere Lebensberechtigung des Kleinstaates primär in der Erhaltung der Freiheit besteht. Darum sollen alle Volksschichten verhältnismäßig an der Riesenschuld tragen, und der Zeitpunkt, mit Steuern Politik zu treiben, wäre wahrlich schlimm gewählt.

Heute noch denkt man allüberall ans Ganze; aber der Zeitpunkt könnte rascher kommen, als uns lieb ist, da unsere Mahnungen sinnvoll werden. Es gibt wohl organisierte politische Zirkel, die Morgenluft wittern und auf ihre Stunde warten. Deshalb ist es die Pflicht aller national Denkenden, die Kräfte zu sammeln, auf der Hut zu sein, die Entwicklung zu verfolgen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Wie überall werden die Agitatoren bei den materiellen Schwierigkeiten anbeißen. Somit ist es angebracht, dem sozialen Sektor besondere Sorgfalt angedeihen zu lassen. Auch hier sollte die Tatsache von der Verkettung der Vorteile und des Wohlbefindens aller Klassen und Stände zur Solidarität, zur Willigkeit veranlassen. Voraussetzung dazu ist, der disziplinierte Verzicht auf jedes politische Geschäft mit sozialen Schäden aus der Kriegslage und die Bereitschaft zur gemeinsamen, objektiven Arbeit.

Die Lage der Arbeiterschaft während des Krieges gibt zu weniger Besorgnis Anlaß, als die Aussicht auf das Kriegsende. Wir besitzen durch die relativ hohen Lohnsätze aus der vergangenen Nachkriegszeit eine gewisse Reserve, die zusammen mit anderen Einflüssen ein direktes Nachtreiben der Löhne im Verhältnis zu den steigenden Preisen nicht rechtfertigt. Andererseits waren für wichtige Rohstoffe, wie z. B. die Baumwolle, die Marktpreise bisher gedrückt, daß sich die Verteuerung der Transporte nicht so verhängnisvoll auswirkt, wie man es auf den ersten Blick annimmt. Der Gesamtindex über die Kosten der Lebenshaltung stieg seit dem August 1939 bis Ende April 1940 um rund 8% und wird natürlich durch den Eintritt Italiens in den Krieg weiterhin nach oben gedrückt. Da mit dem Wegfall der Kurzarbeit und gewissen, bereits durchgeführten Lohn-erhöhungen die Lage der Arbeiterschaft eher besser geworden ist, so wäre es im Zeitpunkt, da mancherlei auf dem Spiele steht, unverantwortlich, politische Lohnbewegungen anzumelden. Es ist zu begrüßen, wenn die Gewerkschaften eine vernünftige Stellung einnehmen. Da man sich sachlich in der Beurteilung der Wirtschaftslage prinzipiell einig ist, darf man das auch erwarten. Die neuesten Verlautbarungen des internationalen Gewerkschaftsbundes weisen übrigens auf eine gemessene Grundhaltung hin.

Sollten die öffentlichen Dienste ihre Meinung ebenfalls nach den höheren Gesichtspunkten hin ausrichten, dann steht auf diesem Gebiete vorläufig nichts zu befürchten.

Große Leistungen fließen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft aus der Verpflichtung der Wehrmännerunterstützung. Der bundesrätliche Beschluß über die Ausgleichskassen für die Arbeitnehmer im Aktivdienst hat eine erste Regelung gebracht. Die Praxis wird zeigen, in welcher Richtung das unerläßliche Hilfswerk auszubauen und abzuändern ist. Die Besonderheit der brennenden sozialen Probleme liegt darin, daß wir sie weniger schwerwiegend auf dem Gebiete der unselbständig Erwerbenden als in den Schichten des Kleinhandwerks und des Gewerbes finden. Es ist im Wesen des geschichtlichen Vorgangs, daß er gerade den kleinen Mittelstand beeinträchtigt. Im Vordergrund steht also der selbständig Erwerbende. Ihn zu schützen und vor allem sinngemäß und ohne zu starke Erschütterungen umzuordnen, das ist sozusagen unsere soziale Gegenwartsaufgabe. Es eilt, die entsprechenden Ausgleichskassen für die selbständig Erwerbenden so umfassend wie möglich zu verwirklichen, was weitgehend von der dienlichen Mitarbeit der beteiligten Berufsverbände abhängen wird.

Wir haben versucht, unsere Lage vor der denkenden Betrachtung aufzurollen. Hinter unseren Ausführungen steht immer als großer Vorbehalt die Fragwürdigkeit alles Bestehenden, aber anderseits auch der feste Wille zur Meisterung der Zukunft. Es wäre eine Anmaßung, die kommende Ordnung politisch, wirtschaftlich und sozial abstecken zu wollen. Aber eines ist uns unbedingt gewiß, das werdende schließt sich, so umstürzlerisch es scheinen mag, doch wieder an das Vergangene an, und unsere Arbeit ist es, das neue Kettenglied an und in das alte zu schmieden. Wir müssen im Vergleich zu unseren Vorfahren im besten Sinne die Fortfahrenden sein. Es gilt, den Platz in einem neuartigen Dasein zu behalten und dabei das Erbe treu zu verwalten. Die Kräfte der Sozialisierung, die alle Länder erfaßt, und zu einer Angleichung ihrer inneren Organisation geführt haben, vom schweizerischen Staatsgedanken aus zu durchdringen, ist keine leichte, aber umso dringlichere patriotische Sache. Denn wir sind überzeugt, daß die etatistischen Parteien, die sich jetzt in den kriegsorganisierten Staat scheinbar willig einordnen, das umso leichter tun, je mehr sie hoffen, bei Zeit und Gelegenheit aus seiner gesteigerten Macht Vorteile zu ziehen.

Die großen Ereignisse lehren uns eines: die Leistung, die durchgeschulte Tüchtigkeit und in Sonderheit der letzte Einsatz für eine Idee schaffen alleine wirklich Großes. Es ist darum nicht so wichtig zu wissen, wie die Welt nach dem Kriege aussieht. Dogmatische Diskussionen stehen nicht auf der Tagesordnung; Theorien tragen wenig ab. Es wird darauf ankommen, wer den Staat handhabt, und wie er seine bestimmt große Macht braucht, ob er sie im Dienste eidgenössischer Zielsetzungen anwendet oder nicht.

Der Anruf geht an alle Einsichtigen und Ehrlichen, sich ausschließlich auf die Schweiz als Schweizer zu verpflichten. Das wird nur möglich sein, wenn wir uns unermüdlich vorbereiten und unser ganzes Tun und Lassen unter die Idee einer geistigen Aufrüstung stellen. Die Basis dazu ist ein Zurückbesinnen auf die alte schweizerische Freiheit, die das Opfer an das Gemeinsame bedeutet. Wir können unser Dasein niemandem ausdrängen, und es bleibt uns nur die Behauptung aus der menschlichen Leistung übrig. Das müssen wir uns ins Herz schreiben. Das Geheimnis liegt wie überall, so auch bei uns, nicht in der Masse, sondern im Zusammenschluß höchstleistender Persönlichkeiten. Wir wollen unsere Kräfte zielbewußt und unermüdlich schulen und unsere fähige Jugend in die vordersten Reihen bringen. An Stelle der Parteien soll die Phalanx aller vaterländisch Wollenden treten.

Josef Nadlers deutsche Literaturgeschichte.

Von **Werner A. Krüger.**

I.

Die meisten deutschen Literaturgeschichten sind nach mehr oder weniger starren Schemata gearbeitet, nach „Grundrissen“ sozusagen, die aus der Zeit stammen, da man fürs erste mit dem Abstecken und Kategorisieren begann und hierbei von älteren, bereits festgefügtten Wissenschaften, etwa der Geschichte, die leitenden Maßstäbe bezog. Diese Schemata haben ihre guten Dienste geleistet, etwa beim Auffinden einer vorläufigen Übersicht über die erst noch wenig, oft gar nicht gesiebten Stoffmassen, und für die Leistung solcher ersten abgrenzenden Vorarbeiten können wir nur dankbar sein. Doch ergab es sich nur allzu bald, daß die anfangs so gezogenen „Hilfslinien“ stehen blieben und, statt allmählich zu verschwinden, vielmehr in einer mehr und mehr sich versteifenden Schablonisierung die wirklichen und organischen, rationell meist gar nicht faßbaren Umrisse des schier unendlichen Gewebes, als das sich letztlich jedem Betrachter unsere Literatur offenbaren muß, oft beliebig zu durchkreuzen, ja oft geist- und seelenwidrig zu zerschneiden begannen.

Wilhelm Scherer bleibt der Einzige, dem es nach Gervinus gelungen ist, in einer genialen Übersicht die Hauptlinien und das Relief der gesamten Entwicklung (allerdings nur bis zur Romantik), kraft seiner in Jahrzehnten errungenen Beherrschung des Stoffes, mit der Souveränität dessen aufzuzeigen, dem die unbestechliche Redlichkeit des kritischen Verstandes ebenso zu eigen ist wie eine gedrängte, unaufdringlich-schlichte und dabei nicht minder geistvolle Ausdrucksweise. Wozu noch hinzu kommt, daß er es auch fertig gebracht hat, mit seinem Werk die positivistisch beengten Anschauungen der Zeit, der er doch selber angehörte, in einer Weise